

Husumer Nachrichten - Donnerstag, 13.10.2011

Wenn Verbände Wind machen

**Im Streit um die Windenergie-Messe dürfen
Hamburg und Schleswig-Holstein nicht politischen
Flurschaden anrichten**
Stephan Richter

David gegen Goliath, so scheint der Streit zwischen Husum und Hamburg um die Windenergie-Messe zu lauten. Das Schöne an diesem biblischen Bild: David gewinnt, weil er seine physische Unterlegenheit mit Cleverness wettmacht. Warum soll das Husum nicht gelingen, zumal die Stormstadt Schlaueit und Weitsicht unter Beweis gestellt hat, als in Hamburg noch Windenergie als „Provinztechnologie“ belächelt wurde?

Das Ärgerliche am Streit um den Messe-Standort ist nicht der Wettbewerb; den kann Husum auch gegen die Metropole Hamburg bestehen. Die Wettbewerbsverzerrung entsteht durch die Lobbyarbeit des Industrieverbandes VDMA. Dessen Funktionären ist der Erfolg an der Westküste seit langem ein Dorn im Auge. Konkurrenz-Windmessen in der Elbmetropole scheiterten bisher kläglich. So kam dem Verband die Energiewende gerade recht, um Rache zu nehmen. Jetzt wird auf die weltweite Konkurrenz von Branchenmessen verwiesen. Da sei es extrem riskant, weiter auf den Standort Husum zu setzen. Dieses Argument ist genauso absurd wie die Behauptung, angesichts immer größerer Containerschiffe und veränderter Frachtverkehre sei es unverantwortlich, weiter auf den Hamburger Hafen zu setzen und die Elbe zu vertiefen.

Ausgerechnet ein Industrieverband, der regelmäßig mehr Markt und weniger politischen Einfluss fordert, greift unzulässig in den Wettbewerb ein. „Internationale Kunden tun sich schwer mit der Husum-Gemütlichkeit“, erklärt der Chef der Windbranche im VDMA. Dass er dies belegen kann, ist zu bezweifeln. Haben sich etwa Messestandorte wie Hannover, Frankfurt oder Leipzig wegen ihrer „Gemütlichkeit“ etabliert? Nein, Aussteller und Messebesucher schauen auf Kundenkontakte, auf Abschlüsse, auf das Messeklima. An Gemütlichkeit denken eher die Verbände.

Sprengstoff erhält der Standort-Streit durch den politischen Schlagabtausch zwischen Hamburg und Kiel. Dabei zeigt sich, dass das angeblich so gute Verhältnis der Nachbarländer, die ach so tolle vertrauensvolle Zusammenarbeit nur Fassade war. Dies fällt auf beide Seiten zurück.

Von einem politischen Schlagabtausch, der womöglich auch noch dem heraufziehenden Wahlkampf im Norden geschuldet ist, wird niemand profitieren. Umso mehr sollten Landesregierung und Senat weiteren politischen Flurschaden vermeiden und das Gespräch suchen.